

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 48

Original-Content
Zugabe gratis vierzehntägig 2,50 Mk. zur Postzeitung
Zuführung bei allen Postämtern.

Berlin, den 22. November 1931

Geschäftsstelle: Berlin G2, Arner Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

47. Jahrgang

Der Mut zur Wahrheit.

Nichts kennzeichnet die Situation auf dem Gebiete der amtlichen deutschen Lohnpolitik besser als die Tatsache, daß man das Aussprechen dessen, was ist, als eine besonders mutige Tat charakterisieren muß. Es gehört wirklich schon ein gewisser Mut dazu, dem vorgeschriebenen amtlichen Trost in die Parade zu fahren und seine bessere Meinung entgegen den Handlungen vorgesehener Behörden so frank und frei zu vertreten, wie das in der Vorwoche der Berliner Gewerberat Körner in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses im Lohnstreik der Berliner Metallindustrie getan hat. Dabei spielt weniger der Spruch selbst — der eine Verlängerung des geltenden Lohnabkommens bis zum 13. Dezember brachte — eine Rolle, als vielmehr die Begründung, die diesem Spruch gegeben wurde. Verlängerungen geltender Lohnabkommen hat es schon in anderen Industriezweigen gegeben, es sei nur erinnert an unsere eigenen Lohnsätze. Doch noch kein Schlichter hat es gewagt, der Rage die Schelle so umzuhängen, wie es Gewerberat Körner getan hat, der einen Lohnabbau für die Berliner Metallindustrie mit folgender Begründung ablehnte:

„Die Gesehungskosten in der Berliner Metallindustrie müssen wesentlich gesenkt werden, wenn insbesondere die auf die Ausfuhr angewiesenen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben sollen. Es widerspricht aber der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung immer wieder nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Außerdem kann die Lebensmöglichkeit der Arbeiter bei der Bemessung des Lohnes nicht unberücksichtigt bleiben. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben decken.

Solange die Lebenshaltung nicht durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentlich verbilligt wird, oder wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar ist, solange nicht die Mieten gesenkt und die Tarife für die städtischen Unternehmungen, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr herabgesetzt und die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung verringert werden, ist eine weitere Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich.

Vor allem muß die Fahrt von der Wohnung zur Arbeitsstätte und zurück verbilligt werden. Es ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten, daß der Facharbeiter sechs, der ungelernete Arbeiter acht bis zwölf und die Arbeiterin und der jugendliche Arbeiter fünfzehn Prozent und mehr ihres Nettolohnes hierfür aufwenden müssen.“

Gewerberat Körner hat sich damit die Argumente zu eigen gemacht, die von den Gewerkschaften noch bei jeder Verhandlung über den Lohn angeführt wurden. Auch wir haben schon oft darauf aufmerksam gemacht, daß jede Lohnsenkung auf den Arbeiterhaushalt doppelt wirkt, da der Vollarbeiter mehr als die Hälfte seines Lohnes für feste Kosten — Steuern, soziale Beiträge, Fahrgehalt, Wohnungsmieten, Heizung und Beleuchtung — aufwenden muß. Für den Kurzarbeiter machen diese festen Ausgaben oft genug bis zu zwei Drittel und mehr seines Einkommens aus. Da an diesen festen Kosten des Haushaltes nicht gespart werden kann, so wirkt sich jeder Lohndruck vervielfältigt auf die eigentliche Lebenshaltung — das ist Ernährung und Bekleidung — aus, deren Tiefstand für den größten Teil der deutschen Arbeiterschaft das Erträglichste schon längst weit unterschritten hat.

Trotz dieser für jeden im praktischen Leben stehenden Menschen klar erkennlichen Tatsache blieb Gewerberat Körner mit seiner mutigen Begründung seither allein auf weiter Flur. Auch seine vorgeehrte Behörde, das Reichsarbeitsministerium, wandelt weiter auf den alten ausgetretenen Pfaden des Lohndrucks ohne Rücksicht darauf, daß damit die deutsche Wirtschaft immer tiefer ins Elend kommen muß. Erst in den letzten Tagen noch hat es Schiedsprüche für verbindlich erklärt, die trotz schandbarem Tiefstand der Entlohnung diese noch weiter drückten (zum Beispiel für die Textilindustrie Westfalens und andere). Das Reichsarbeitsministerium sieht nicht, daß jeder Lohndruck die Gesamtkaufkraft des Volkes einschränkt, daß jeder Lohndruck damit den Bedarf an und die Nachfrage nach Waren verringert, daß jeder Lohndruck die Arbeitslosigkeit steigert, daß jeder Lohndruck den Haushalt des Staates, der Städte und Gemeinden durch vermindertes Steueraufkommen bedrängt, daß jeder Lohndruck auch die sozialen Versicherungseinrichtungen durch gesteigerte Ausgaben und zurückgedrängte Einnahmen gefährdet, daß jeder Lohndruck unsere Wirtschaft immer mehr ins Wanken bringt und auch den Einzelbetrieb infolge des Unvermögens der Warenverbraucher, ihren Bedarf an lebensnotwendigen Gütern zu decken, bedroht.

Durch dieses unbekümmerte „Sparen am Arbeitslohn“ sparen wir uns noch zu Tode, wie Anton Erkelenz vor einigen Tagen im „Vorwärts“ ausführte. Nicht nur in der Metall- und Textilindustrie geht ein großer Teil

der Beschäftigten am Lohntag mit Bettelpfennigen nach Hause, die starke Kurzarbeit in fast allen anderen Industrien bringt das gleiche Elendsbild. Man sehe sich nur unseren eigenen Beruf mit den Ende Oktober vorhandenen 32,7 Proz. Arbeitslosen und 32,8 Proz. Kurzarbeitern an, um zu erkennen, welche Not durch den zum Teil jämmerlichen Verdienst heute in ungezählten Arbeiterhaushaltungen anzutreffen ist. So ist die Begründung des Gewerberats Körner anzusehen als eine Anerkennung des Rechts zum Leben für jeden Arbeiter und als schärfster Vorwurf gegen den Reichsarbeitsminister, der selbst oft genug erklärt hat, daß die Gesehungskosten nicht nur einseitig von der Lohnseite her gesenkt werden können, doch der nie daran dachte, zu seinen Worten zu stehen. Die Haltung des Reichsarbeitsministeriums wird nachgerade auch den christlichen Gewerkschaften — aus deren Reihe der Reichsarbeitsminister ja hervorgegangen ist — unerträglich. „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, betont, daß es „nicht mehr zu rechtfertigen ist, wenn fortwährend Schiedsprüche gefällt werden, die noch Löhne weiter kürzen, die so schon als Elendslöhne bezeichnet werden müssen“.

Als vor kurzem der Wirtschaftsbeirat eingesetzt wurde, der die Regierung in wirtschaftlichen Fragen beraten soll, da durfte man annehmen, daß bis zur Erledigung der ersten Arbeiten dieses Wirtschaftsbeirats die Lohnsenktungsaktion abgestoppt werden würde. Der Wirtschaftsbeirat sollte ja gerade über die Lohn- und Preisfragen maßgebliche Vorschläge machen. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß diese Annahme falsch war, der Lohndruck geht unter Mithilfe des Reichsarbeitsministeriums lustig weiter, von einem Ausgleich durch Verbilligung vor allem der festen Kosten der Lebenshaltung ist keine Rede. Daß uns der einschlagene Weg bis kurz vor die Katastrophe geführt hat, sieht und weiß jeder, nur das alle hemmungslosen Wünsche der Unternehmer bedenkenlos ausführende Reichsarbeitsministerium bleibt abnungslos. Da war es in der Tat ein mutiges Verhalten des Gewerberats Körner, daß er seinem Spruch eine Begründung gab, die der höchsten deutschen Arbeitsbehörde zu einer recht besinnlichen Stunde verhelfen sollte mit dem Ziele, jetzt endlich kurz vor dem Ende von dem verderblichen Wege abzugehen. „Der Lohn kann nicht weiter gesenkt werden. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben decken.“ So sagte Körner, und er traf damit ins Schwarze.

Internationale Ursachen der Arbeitslosigkeit.

IAB. Immer klarer zeigen die Folgen der Krise, daß eine Nation allein nicht imstande ist, die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu überwinden. Bei der internationalen Verbundenheit der Weltwirtschaft muß jede Unruhe in irgendeinem Teil unabweislich die ganze Wirtschaft erschüttern.

Das Wirtschaftsleben der einzelnen Länder hängt von einer Reihe wichtiger Faktoren ab, die sich vollkommen ihrer Kontrolle entziehen und immer dringlicher nach einer internationalen Verständigung rufen. Dies gilt in besonderem Maße auch für das Problem der Arbeitslosigkeit. In zahlreichen Ländern geht die Vermehrung der Produktionsmittel für bestimmte Erzeugnisse schneller vor sich als die Vermehrung der Verbrauchsmöglichkeiten, ohne daß es gelingt, die Produktion dem Absatz des Landes entsprechend zu regeln und anzupassen. Die Erkenntnis dieser Tatsache hat zur Bildung internationaler Kartelle und ähnlicher Vereinbarungen zur Festsetzung der Preise und zur Regelung der Produktion geführt. Auch die Einführung von arbeitssparenden Maschinen oder verbesserten Verfahren bleibt nicht ausschließlich auf ein einzelnes Land beschränkt. Die Zunahme der Mechanisierung wirkt sich in der Tat zum Nachteil der Länder mit hochentwickelter Industrie aus, für die die Geschicklichkeit ihrer Arbeiter einen der wichtigsten Aktivposten bildete. Diese Geschicklichkeit, die Frucht jahrelanger Ausbildung und Übung, kann jetzt häufig durch Länder ohne nennenswerte industrielle Ueberlieferung durch die Verwendung von Maschinen verdrängt werden.

So wünschenswert zweifellos die Industrialisierung neuer Gebiete an sich im Hinblick auf die Förderung der Produktionskraft und infolgedessen der Konsummöglichkeiten der ganzen Welt ist, bedingt sie dennoch Störungen und Neuanpassungen im internationalen Handel, die eine umfassende Arbeitslosigkeit verursachen können. Andererseits bringt die größere Ausbreitung der industriellen Produktion in der Welt Störungen mit sich, wenn die neuen Gebiete nicht nur für ihren eigenen Bedarf produzieren, sondern als Exportländer in den internationalen Wettbewerb eintreten. Solange sich der Wettbewerb in der Hauptsache auf Länder beschränkt, in denen der Lebensstand und die Kulturbedürfnisse auch nur soweit vergleichbar waren wie zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten, war der durch die Verschiedenheit in den Lohn- und anderen Arbeitsbedingungen eintretende Abstand verhältnismäßig unbedeutend. Jedoch mit der Ausdehnung der Industrialisierung nicht nur auf Osteuropa, sondern auch auf Japan, Indien und China, deren arbeitende Bevölkerung bisher an einen Lebensstand gewöhnt ist, der in den Vereinigten Staaten oder in Westeuropa als durchaus unzureichend angesehen wird, können die Abstände zwischen den Arbeitskosten so groß werden, daß hierdurch ein neues störendes Element in den internationalen Handel hineingetragen wird. Wenn es zutrifft, daß der Arbeitnehmer in diesen Ländern mit der gleichen Maschine annähernd die gleiche Menge produzieren kann wie der amerikanische oder der europäische Arbeiter, dann kann infolgedessen

Kleidung und Wohnung ein bedeutender Abstand zwischen den Produktionskosten der verschiedenen Länder entstehen.

Hieraus ergibt sich aber noch eine weitere Störung für das bestehende Gleichgewicht: Eine Ablenkung des internationalen Handels in neue Kanäle und damit Arbeitslosigkeit in den von den Umwälzungen betroffenen Industrien und Ländern. Aus diesem Grunde gewinnen die von der jährlichen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen Ueber-einkommen, die allgemeine Normen der Angleichung des Arbeitsschutzes und des Arbeitsrechtes in allen Ländern aufstellen, mit der Verstärkung des internationalen Wettbewerbs immer größere Bedeutung.

Neben der verarbeitenden Industrie werden auch die Erzeuger von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in internationalem Ausmaß von den wirtschaftlichen Wandlungen betroffen. Wenn die Preise für Weizen, Kaffee, Zucker, Baumwolle, Kohle, Kautschuk und andere Rohstoffe in einem Maße fallen, daß das Einkommen ihrer Erzeuger wesentlich sinkt, dann wird dadurch notwendigerweise die verarbeitende Industrie auf das stärkste in Mitleidenschaft gezogen. Infolge der Tatsache, daß die Preise dieser Waren augenblicklich beträchtliche Rückgänge erreicht haben und diese Produkte in vielen Teilen der Welt in großen Mengen hergestellt werden, kann auch hier nur durch internationale Verständigung eine Ueberwindung der Schwierigkeiten herbeigeführt werden.

Zu all diesen Problemen gesellen sich noch die nationalen Angriffs- und Schutzmaßnahmen zur Belebung des Außenhandels oder zur Erhaltung des Innenablaufes durch Zölle, Prämien, Verbote und andere Eingriffe in den Ablauf des Handels, die sich auf die Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes störend auswirken. Es muß immer wieder betont werden, daß die seitherigen sehr geringen Erfolge zur Herbeiführung internationaler Maßnahmen auf diesem Gebiet kein Beweis gegen die Richtigkeit internationaler Regelungen sind, sondern lediglich ein Beweis für die Schwere des Problems.

Es wäre in diesem Zusammenhang auch auf die internationalen Ursachen der Erschütterung des Wohlstandes und damit des Beschäftigungsstandes in den einzelnen Ländern hinzuweisen, die mit der Währung und der Verteilung der Edelmetalle zusammenhängen. Auch hier setzt sich in wachsendem Maße bei den Fachleuten die Meinung durch, daß eine endgültige Ueberwindung der Krise weitgehende internationale Maßnahmen zur Regelung der Geldfrage erfordert. Die weiseste Vorsicht und größte technische Geschicklichkeit der Leitung der Volkswirtschaft eines Landes kann durch Preis- und Währungsschwankungen in der übrigen Welt vollkommen wertlos werden. Ob es sich um bessere Stabilisierung des allgemeinen Preisstandes, um die Aufrechterhaltung der inländischen Kaufkraft oder um eine andere Form der Anpassung handelt, in keinem Falle können die Maßnahmen eines Landes Erfolg haben, solange die Fragen des internationalen Handels und der internationalen Finanzbeziehungen, einschließlich der Angleichung der Arbeitsbedingungen, nicht geregelt sind.

Der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamts, H. B. Butler, gibt in einem

soeben erschienenen Werke über die Probleme der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten*) eine klare Darstellung dieser Ursachen, aus denen sich die Schlussfolgerung ergibt, daß die Wohlfahrt der Menschheit nur sichergestellt werden kann, wenn die Welt auf der Grundlage internationaler Erkenntnisse sich zu internationalen Maßnahmen entschließt.

*) „Das Problem der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten“ von H. B. Butler, Genf 1931, 132 Seiten, 2,40 Mt.

INTERNATIONALES

Gesetzliche Urlaubsregelung in Frankreich.

Fast zur gleichen Zeit, zu der unsere Kollegen in Dänemark durch Tarifvertrag eine Regelung der Urlaubsfrage erzielen konnten, wurde in Frankreich ein Gesetz über die Gewährung von Urlaub verabschiedet, das allerdings noch der Zustimmung durch den Senat bedarf. Das Gesetz schreibt vor, daß nach einer Beschäftigungsdauer von mindestens einem Jahre ein Urlaub von einer Woche, später von zwei Wochen zu gewähren ist, bei dessen Bezahlung der Durchschnittsverdienst der letzten sechs Monate zugrunde gelegt wird. Derjenige, der versuchen würde, während seines Urlaubs einer anderen Beschäftigung nachzugehen, setzt sich schwerer Bestrafung aus.

*

Amerika und Belgien fordern die 5-Tage-Woche.

Neben den direkten Vereinbarungen mit den Unternehmern, die in den Vereinigten Staaten teilweise recht beachtliche Erfolge hatten, wird in beiden Ländern auch die gesetzliche Regelung der Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. In Belgien wird von der Regierung erwartet, daß sie ihren Vertreter im Internationalen Arbeitsamt dahin instruiert, eine internationale Vereinbarung über die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben, wobei an die 40-Stunden-Woche gedacht ist. Der amerikanische Gewerkschaftsbund geht noch einen Schritt weiter: Er fordert zwar auch die 5-Tage-Woche, die Arbeitszeit soll jedoch nicht mehr als sechs Stunden pro Tag, also 30 Stunden pro Woche betragen. In beiden Fällen gilt als Voraussetzung, daß die bestehenden Wochenlöhne nicht verringert werden.

*

Die deutsche Jugendbewegung ist für Belgien vorbildlich.

In einer längeren Betrachtung schildert Kollege Mertens, Brüssel, im Verbandsorgan „Der Bucharbeiter“ die Anstrengungen, die von den deutschen und holländischen Gewerkschaften zur Erfassung und Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter gemacht werden. Unsere „Buchbinder-Zeitung“ wird dabei besonders hervorgehoben. Kollege Mertens schlägt vor, für Belgien ein gemeinschaftliches Jugendorgan für die Lehrlinge der gesamten graphischen Industrie herauszugeben.

Vor dem Arbeitsgericht.

Die Kündigungskrise im Kartonnageretier.

Aus der reichen Anzahl von Berordnungen und Gesetzen, die die Nachkriegszeit zum Schutz der Arbeitnehmer gebracht hat, ist die Einführung der Arbeitsgerichte nicht zu unterschätzen. Gewiß waren vor dem die Gewerbegerichte für die gleichen Streitigkeiten zuständig, doch deren Tätigkeitsgebiet hatte nicht die Ausdehnung wie das der heutigen Arbeitsgerichte. Eine ganze Reihe von Streitigkeiten und Unstimmigkeiten finden heute täglich vor diesen Gerichten ihre Erledigung. Zum Teil sind es solche, die schon von vornherein als gewonnen betrachtet werden können, da über gleichgeartete fast täglich entschieden wird. Zum anderen sind es aber auch oft solche, um die erst sehr gekämpft werden muß, da ihr Ausgang nicht ohne weiteres feststeht.

Auch in unserem Beruf sind Streitigkeiten oder Umgehungen der Tarifbestimmungen gar nicht so selten und die Kartonnagenindustrie ist bei diesen Prozessen in nicht geringem Maß beteiligt. Im

folgenden soll eine solche Verhandlung aufgezeigt werden, die sich mit Streitigkeiten aus dem Kartonnagetarif befaßt. Auch hier war durchaus ungewiß, wie sie ausfallen würden, da hier die Rechtslage stark umstritten war.

Eine jugendliche Arbeiterin war in einem Kartonnagenbetriebe etwa 15 Monate beschäftigt. Eines Tages gab der Unternehmer bekannt, daß er der gesamten Belegschaft kündigen müsse, um sie unter anderen Arbeitsbedingungen, darunter Kündigungsausschluß, weiter zu beschäftigen, was auch die einzelnen schriftlich bestätigen mußten. Einige Monate nach diesem Vorfall entließ der Unternehmer eine jugendliche Arbeiterin ohne Kündigung und ließ auch eine Ausgleichsquittung unterschreiben. Nun klagte die Entlassene beim Arbeitsgericht auf Lohn für die 14tägige Kündigungszeit und auf drei Urlaubstage. Der Unternehmer erkannte vor Gericht den Anspruch auf die drei Urlaubstage an, bestritt jedoch den Lohnanspruch für die 14tägige Kündigungszeit. Die Klägerin berief sich zunächst auf die Arbeitsordnung des Betriebes, die eine 14tägige Kündigungsfrist vorsehe, dann noch auf Ziffer 39 des Reichstarifvertrages für die Kartonnagenindustrie, die ebenfalls eine 14tägige Kündigungsfrist vorsehe, soweit örtlich oder bezirksweise nichts anderes festgelegt ist. Der Unternehmer behauptete nun, mit der Betriebsvertretung eine Abmachung dahin getroffen zu haben, daß für seinen Betrieb Kündigungsausschluß bestehe. Ein Mitglied des Betriebsrats, das als Zeuge vernommen wurde, bekundete, daß der Unternehmer den Betriebsrat und die großjährigen Arbeiterinnen im Kontor versammelt und seine Bedingungen bekannt gegeben habe, unter denen das Arbeitsverhältnis fortgesetzt werden soll. Irgendeine Niederschrift wurde nicht gemacht. Erst am Tage darauf mußte jeder einzelne durch schriftliche Erklärung in die Herabsetzung des Lohnes und den Kündigungsausschluß willigen. Das Gericht kam auf Grund dieser Aussage zu der Ansicht, daß das hier eingeschlagene Verfahren des Unternehmers keine Betriebsvereinbarung darstelle. Zur Herbeiführung einer solchen hätte es einer Uebergabe der Bedingungen an die Betriebsratsmitglieder in deren amtlicher Eigenschaft bedurft. Dann hätte der Betriebsrat darüber beraten und abstimmen müssen. Das ist aber nicht geschehen. Mithin konnte diese Abmachung mit den einzelnen nur als Einzelvertrag gewertet werden, selbst wenn die Bedingungen alle Arbeitnehmer anerkannt haben würden. Obwohl die Vorschrift der Ziffer 39 des Reichstarifvertrages nachgiebigen Rechts ist, gibt sie doch nur solchen Abänderungen das Recht und die Macht, die eine Gesamtvereinbarung darstellen. Diese kann aber niemals durch Abschluß von Einzelverträgen erfolgen. Es ist auch nicht statthaft, daß ein bestehender Tarifvertrag oder einzelne Teile desselben ohne weiteres abgedungen werden. Dies ist nur dann möglich, wenn nach Lage der Dinge orts- oder bezirksweise zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden eine entsprechende Vereinbarung getroffen worden ist. Es ist somit deutlich zu erkennen, daß eine Vereinbarung mit dem Betriebsrat (Betriebsvereinbarung), wenn eine solche getroffen worden wäre, abdingbar ist. Aber in der Frage der Kündigungsfrist ist diese Vereinbarung unabhängig, da durch die Bestimmung des Tarifvertrages die sonst der Betriebsvereinbarung eigene Nachgiebigkeit ausgeschlossen wird. Aus diesen Gründen ist zu folgern, daß die 14tägige Kündigungsfrist einzuhalten ist und somit ein Recht der Klägerin auf Lohnzahlung für 14 Tage besteht.

Der Unternehmer berief sich nun darauf, daß er sich in dem Besitz der von der Klägerin unterschriebenen Ausgleichsquittung befinde. Auch hierin vertrat das Gericht die für die Klägerin günstige Ansicht, daß derartige Quittungen immer sehr eng auszuliegen sind. Es ist nicht zu erkennen, um was für Ansprüche es sich bei dieser Bezugsfertigung handelt. Es kann nur angenommen werden, daß die Klägerin keinerlei Anspruch auf Herausgabe von irgendwelchen Papieren habe, dagegen von einer nachträglichen Lohnforderung keine Rede sei. Der Bezugsfertigung der Beklagten greife daher nicht durch.

Dieser Fall läßt deutlich erkennen, daß man bei ähnlich liegenden Fällen nicht die Finte ins Korn werfen soll, sondern daß man alles versuchen muß, um der Lage Herr zu werden. S. 0 13 - Breslau.

Berichte.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Am 10. November fand unsere Vierteljahres-Generalversammlung statt, die einen guten Besuch aufwies. Kollege Meßschilberte beim Geschäftsbericht die Auswirkungen der Krise auf unsere Organisation. Wieder haben auch in unserem Gebiet wesentliche Entlassungen und Betriebseinschränkungen stattgefunden. Die bekannte Firma Naumann ist inzwischen ganz geschlossen worden. Unser Mitgliederbestand hat sich gegenüber dem letzten Quartal um 47 verringert, wir zählen jetzt infk. Gau 955 Mitglieder. Nirgends ist eine Besserung zu erkennen. Der jetzt wieder einmal angekündigte Preisabbau wird wirkungslos bleiben, zumal die Hauptfaktoren, wie Miete und Steuern, auf dem alten Stand bleiben. Trozdem wird der Lohn der Arbeiterschaft weiter starken Angriffen ausgesetzt sein. Gleichzeitig richtet sich der Kampf der Unternehmer gegen die gesamte Sozialversicherung. Sind es zur Zeit die Ortrantentassen, die maßlos angegriffen werden, dann wird bald die Invalidenversicherung das neue Ziel der Angriffe sein. Für die Arbeiterschaft heißt es, auf dem Posten zu sein und sich durch den unsicheren Kampf nicht verwirren zu lassen. Die Ortrantentassen haben einen schweren Stand, da sie sich nicht, wie die Erbschaften, ihre Mitglieder aussuchen können. Die armen Menschen, die krank oder erwerbslos sind oder sich in öffentlicher Fürsorge befinden, werden von den Erbschaften abgewiesen, von der Ortrantentasse jedoch aufgenommen. Es wäre beschämend, wenn die Arbeiterschaft nicht auch weiter treu zu ihren Kassen stehen würde.

Zum gedruckt vorliegenden Rassenbericht macht Kollege Würzberger darauf aufmerksam, daß sich der Bestand der Lokaltasse wieder um 900 Mt. verringert hat. Soll es auch fernerhin möglich sein, unseren angesteuerten Mitgliedern eine Sonderunterstützung zu gewähren, dann muß die Unterstützungsdauer begrenzt werden. Würzberger begründet den Vorschlag der Ortsverwaltung, die Unterstützungsätze in der jetzigen Höhe zu belassen, die Unterstützungsdauer soll gestaffelt werden, und zwar von 6 Monaten nach 156 Beiträgen bis höchstens 15 Monate nach 1040 Beiträgen. Diese selber notwendige Regelung, die am 1. Januar in Kraft tritt, wurde einstimmig angenommen.

Kollege Würzberger schilderte dann die Entwicklung der Invalidenunterstützung in unserem Verband und zeigte, wie schwierig sich jetzt die Rassenverhältnisse gestaltet haben. In der anschließenden lebhaften Diskussion traten alle Redner für eine Sanierung der Invalidenunterstützung ein. Wenn es auch in der jetzigen Zeit manchem Kollegen schwer fällt, einen erhöhten Beitrag zu leisten, dann darf doch auf keinen Fall unsere so außerordentlich wertvolle Invalidenunterstützung wegen der 10 bzw. 20 Pf. ernstlich gefährdet werden. Es war erfreulich zu sehen, daß sich alle Diskussionsredner der Verantwortung bewußt waren und einmütig gelobten, sich für den Erfolg der kommenden Urabstimmung einzusetzen. — Kollege Raulich bat zum Schluß alle Anwesenden, auch in der Dezember-Versammlung, in der unsere Jubilare geehrt werden sollen, recht zahlreich zu erscheinen.

Göttingen. Am 6. November fand hier eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Kollege Kornader-Hannover referierte über: „Die gegenwärtige Wirtschaftslage und ihre Auswirkungen auf unsere Kollegenchaft“. In seinem Vortrage führte er den Anwesenden Ursachen und Auswirkungen der Wirtschaftskrise vor Augen. Mit scharfen Worten kritisierte er die Maßnahmen der kapitalistischen Wirtschaftsführer, die nur im Lohn- und Gehaltsabbau die Möglichkeit zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens sehen. Ferner ging der Referent mit den Bestrebungen der Rechts- und Linksradikalen ins Gericht und brachte zum Ausdruck, daß es zu den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft gehöre, die Gewerkschaften stark und kampffähig zu erhalten. Anschließend berichtete Kornader über den Tarifstreit mit dem Bund Deutscher Buchbinderinnen und über die Maßnahmen des Bundes, die Tariflöcher zu flicken und die Mantelvertragsbestimmungen abzubauen. Er empfahl in allen Fällen, von etwaigen Vorgehen der Innungsmeister der Orts- und Gauverwaltung Kenntnis zu geben.

Sodann fand eine lebhaft ausgeführte Urabstimmung zur Invalidenunterstützung statt. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorschlag des Verbandsvorstandes einverstanden, die Mitglieder der Zahlstelle Göttingen werden für eine Erhöhung der Invalidenbeiträge eintreten. Mit der Annahme einer Entschließung zur Abstützungsfrage kam die Versammlung zum Abschluß.

Hannover. Wie alljährlich, so veranstaltete unsere Zahlstelle auch in diesem Jahre, und zwar am 7. November, eine Feier zu Ehren unserer Verbandsjubilare. Die Kollegen Faust und Eichler konnten auf eine vierzigjährige, die Kollegen Bader, Bauch, Fichtner, Fischer, Hartig, Hohbein, Just, Leopold, Lippert, Wölting, Meyer, Rothburst, Oppermann, Peters, Sachtleben, Scharr, Schneider, Schulte, Treibart, Wolf, Waldrath, Ziesenis und die Kolleginnen Aelt, Behring, M. Brennecke, E. Brennecke, Ehlers, Brelle und Schulz auf eine fünfundsiebenzigjährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken. Mit Ausnahme einiger kranker waren alle Jubilare mit ihren Angehörigen erschienen. In würdiger Weise begann die Feier mit einigen Konzertsüden und klangvoll vorgetragenen Liedern unseres Uthmannchores. Kollege Kornader hielt die Festrede. Er überbrachte den Jubilaren die Glückwünsche des Verbands- und Gauvorstandes und der Ortsverwaltung und sprach auch seinen persönlichen Dank aus für die gewerkschaftliche Treue und Mitarbeit der Jubilare, die es ihm erst ermöglicht habe, die ihm gestellten Aufgaben zu erfüllen. Die Tatsache, daß mit Ausnahme der erkrankten nicht nur alle Jubilare zur Feier erschienen waren, sondern daß auch die übrige Kollegenchaft durch überaus zahlreiches Erscheinen an der Ehrung der Jubilare teilnahm, zeugt davon, daß trotz der Not der Zeit gewerkschaftliche Treue und kollegialer Geist aufrecht erhalten bleiben. Die erhebende Feier mag dazu beitragen, den alten Kämpfern neuen Mut einzuspielen und die jüngeren Kollegen anzuspornen, es den Alten gleichzutun. Die Rede fand ihren Ausklang in einem harmonischen Hoch auf die Jubilare. Anschließend wurde den vierzigjährigen Jubilaren ein kostbares Geschenk der Zahlstelle und den 25jährigen die Ehrentunde des Verbandes überreicht und von diesen hoch erfreut entgegengenommen. Kollege Lippert sprach in bewegten Worten im Namen der Jubilare der Organisation den Dank für diese erhebende Ehrung aus. Musik und Tanz, meisterhaft vorgetragene Lieder des auf hoher gefanglicher Leistungsfähigkeit stehenden Uthmannchores, unterbrochen durch humoristische Vorträge des Herrn Senf und einiger mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommenen stimmungsvollen Viedervorträge der Kollegen Augenreich und Bauch hielten die Festteilnehmer bis in die frühen Morgenstunden zusammen.

Immer mehr bilden unsere Jubilarfeiern Höhepunkte des geselligen Zusammenlebens unserer Kollegenchaft. So reichte sich auch diese Feier den vorjährigen würdig an; sie wird nicht nur den Jubilaren, sondern allen Teilnehmern in bester Erinnerung bleiben.

Krefeld. Unsere Generalversammlung am 27. Oktober war sehr gut besucht. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß die Lage sich noch mehr verschlechtert hat. Von 85 Mitgliedern sind 30 erwerbslos. Im verfloffenen Quartal konnten wieder sieben Kollegen auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Sie fanden in einer kleinen Jubilarfeier volle Anerkennung. — Nach dem Rassenbericht standen einer Ausgabe von 1436,54 Mt. eine Einnahme von nur 1165,85 Mt. gegenüber, so daß ein Zuschuß von 270,69 Mt. aus der Verbandskasse notwendig war. Die Lokaltasse hat einen Bestand von 369,42 Mt.

Dann befaßte sich die Versammlung mit dem Vorschlag des Verbandsvorstandes zur Invalidenunterstützung. An Hand des Schreibens vom Verbandsvorstand begründete der Vorsitzende die Notwendigkeit der Maßnahmen. Sie seien zwar hart, doch aber auch unbedingt erforderlich. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Annahme des Vorschlages aus, wünschten aber eine endgültige Regelung vom Verbandstag im Frühjahr 1932, zu dem entsprechende Anträge gestellt werden sollen. Besonders unangenehm wurde es empfunden, daß ältere erwerbslose Kollegen, die kurz vor der Erfüllung der Karenz ständen, jetzt nicht die Möglichkeit hätten, diese zu erfüllen. Auch hier müsse eine Regelung gefunden werden.

Dann verlas der Vorsitzende ein Schreiben vom Verbandsvorstand, das sich mit der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine befaßt. Die Versammlung war empört darüber, daß ein Genossenschaftsunternehmen von einer tariffeindlichen Firma Waren beziehen konnte. Als unverfänglich wurde es angesehen, daß die Kollegenchaft von Brief nicht eher dahintergekommen ist. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, eine Abschrift des Schreibens an den Geschäftsführer der hiesigen Konsumgenossenschaft „Niederrhein“ zu senden und auch in der nächsten Kartellung die Angelegenheit zur Sprache zu bringen.

Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren und bekannt gemacht worden war, daß das hiesige Kulturkartell eine Les- und Wärmehalle für Erwerbslose eingerichtet hat, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bitte, trotz der schlechten Zeit fest zusammenzuhalten.

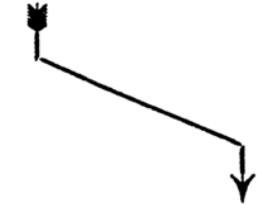
Jahr i. B. Am 7. November fanden sich die Jahrer Kollegen und Kolleginnen zu einem Familienabend im Kreise der Kollegenschaft zusammen. Es galt, des dreißigjährigen Bestehens unserer Zahlstelle zu gedenken. Auch die Buchbinderfrankenkasse hatte ihre Mitglieder hierzu eingeladen. Es war ein munteres Bößchen, das sich in unserem schönen Volks- hause ein Stelldichein gab, und die kleine Feler verlief in jeder Beziehung harmo- nisch. In seiner Begrüßungsansprache konnte Kollege Dürr die Entwicklung des Verbandes und der Zahlstelle Jahr schil- dern. Acht Mitglieder, vier Kollegen und vier Kolleginnen, konnten zugleich ihr fünfundsiebenzigjähriges Jubiläum be- gehen. Ueberraschenderweise war auch unser Gauleiter, Kollege Döbbling-Stutt- gart, erschienen, der dann auch die Fest- rede übernahm und unseren Jubilaren die Ehrenurkunden des Verbandes aus- händigte und ihnen die Grüße und Glück- wünsche des Verbandsvorstandes über- brachte. Die Zahlstelle ließ den Jubilaren ein sinniges Geschenk überreichen. Be- grüßungsansprachen hielten Kollege Wel- ler für den Ortsausschuß des ADGB, und Kollege Mal für den Verband der Buchdrucker und die übrigen graphischen Gewerkschaften. Der Arbeiterfängerbund stellte sich wie immer in den Dienst unserer Sache und verschönte mit einer Auswahl seiner Volkslieder und Frei- heitshöre den Abend. Ein kleines Salon- orchester sorgte für Musik und heitere Tanzweisen.

In der dem Familienabend voraus- gegangenen Festversammlung hielt Kol- lege Dürr eine beachtete Ansprache. Er schilderte die wirtschaftlichen und politi- schen Zusammenhänge der letzten Zeit und die Ursachen der Unsicherheit in der Weltwirtschaft. Auch das Betrübnis der Völker und die damit verbundene Gefahr für den Weltfrieden wurde erörtert und eine Entschlieung, die an die Reichsregierung und an den ADGB, abging, angenommen, in der gegen das Betrü- rüsten Einspruch erhoben und von der Reichsregierung verlangt wurde, daß die Abrüstungskonferenz im Februar in Genf endlich einmal praktische Arbeit leiste. Ein Länzchen hielt dann alt und jung noch lange beisammen. Alles in allem: Ein froher Abend im Kreise der Kollegenschaft.

Nürnberg-Fürth. Unsere am 10. November statt- gefundene vierteljährliche Hauptversammlung war recht gut besucht. Mit dieser war die Ehrung von zehn Kollegen und sechs Kolleginnen, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken konnten, verbunden. Vor Eintritt in die Tagesord- nung wurde der verstorbenen Kollegen und Kol- leginnen ehrend gedacht. Kollege Weinländer erstattete den Geschäftsbericht. Die erhoffte Belebung des Ge- schäftsganges ist leider ausgeblieben, in den letzten Monaten ist vielmehr eine weitere Verschlechterung eingetreten und die Zahl der Arbeitslosen gestiegen. Zur Zeit haben wir 500 Arbeitslose. Redner verwies auf die Vorgänge im Wollkonzern, auf die Bankten- nisere usw. Der Sturz der englischen Währung hat schon recht bedenkliche Folgen für unsere Bilderver- und Spielefabriken gezeitigt, denn eine große Anzahl von Entlassungen sind in den letzten Wochen erfolgt. Die im Betrieb Verbliebenen arbeiten vielfach nur 24 Stunden je Woche. Es ist damit zu rechnen, daß der kommende Winter sehr schwer werden wird. Unter solchen Umständen ist die Werbearbeit von minimalem Erfolg. Der örtliche Lohn tarif für Bilderver- und Spielefabriken und Kunstanstalten läuft am 31. De- zember ab. Für die Innungsbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten einschließl. der Lehrlinge und Arbeiter- innen haben wir augenblicklich eine tariflose Zeit. Wo sich Versuche zeigen sollten, untarifflich zu zahlen bzw. die Löhne abzubauen, ist sofort im Büro Re- dnung zu erkatten. Gegen Verschleungen in tariflicher Hinsicht ist ständig anzukämpfen. Dazu kommen noch sehr viele Verhandlungen, um zur Vermeidung von Entlassungen eine tragbare Kurzarbeit zu erzielen. Diese ständigen Differenzen erfordern viele Verhand- lungen mit Einzel firmen, Termine beim Arbeits- gericht, Betriebsversammlungen und Sitzungen mit den Betriebsräten. Auch Sitzungen wurden in mehrerer Fällen angezeigt, die jedoch teilweise nicht zum Vollzug kamen. Im Gau Nordbayern war es bisher möglich, auftauchende Unstimmigkeiten auf schriftlichem Wege zur Erledigung zu bringen. Am 1. Oktober zählten wir 237 Kollegen und 1342 Kol- leginnen als Mitglieder. Es ist ein Rückgang von 27 Mitgliedern eingetreten.

Im Januar 1932 laufen sämtliche Lohn tarife ab.

So ist deine Abstimmung richtig!



VERBAND DER BUCHBINDER UND PAPIERVERARBEITER DEUTSCHLANDS

URABSTIMMUNG

vom 22. November bis 5. Dezember 1931

Ich bin **für** die vorgeschlagene Erhöhung des Beitragsanteils für die Invaliden - Unterstüzung.

Nicht Zutreffendes durchstreichen

~~Ich bin gegen die vorgeschlagene Erhöhung des Beitragsanteils für die Invaliden - Unterstüzung.~~

Kornberg Ort *Carl Berg* Name *38714* Buch-Nr.

Da ist jetzt schon als sicher anzunehmen, daß es harte Kämpfe kosten wird, um die Bestrebungen des Unter- nehmeriums auf weitere Herabdrückung der Existenz unserer Kollegenschaft wirksam zu bekämpfen. Mit Erfolg kann dies nur dann geschehen, wenn die Ge- samtkollegen schaft geschlossen und einig hinter dem Tarifausschuß steht.

Kollege Weinländer verwies auf die Leistungen des Verbandes auf dem Gebiete des Unterstützungswesens im verstorbenen Jahre. Aus der Verbandskasse wurden an Unterstützungen aller Art 1 247 877 Mk. zur Aus- zahlung gebracht, davon entfallen 982 286 Mk. allein auf die Arbeitslosenunterstützung. Diese Ziffern sprechen eine sehr eindringliche Sprache, sie beweisen, welch starker Schutz unser Verband für seine Mit- glieder ist. „Wir haben nichts zu verlieren“, so hört man unvernünftige Leute sagen. Demgegenüber muß mit allem Nachdruck betont werden, daß wir sehr hervorragende ideelle und materielle Errungenschaften zu verteidigen haben, die in jahrzehntelangen schweren Kämpfen mühsam errungen worden sind. Sie sind es wert, mit aller Ausdauer gegen die Gefahren von rechts und links verteidigt zu werden. Harte Zeiten hat die organisierte Arbeiterschaft seit Jahrzehnten zu meistern verstanden durch Mut, Opferwilligkeit und Ausdauer. Auch die gegenwärtig ganz besonders schwere wirtschaftliche Krise werden wir überwinden.

Die Abrechnung lag vielfältig vor, so daß Kollege Herber lediglich einige Erläuterungen zu geben brauchte. Er dankte den Vertrauensleuten und Eintastierern für ihre fleißige Mitarbeit.

Unter „Verbandsangelegenheiten“ machte Kollege Weinländer auf die zur Vornahme der Urabstimmung festgelegten Versammlungen aufmerksam. Kollege Keller brachte hierauf eine Resolution für die Ab- rüstung zur Abstimmung, die einstimmig angenommen wurde.

Nach Erledigung des geschäftlichen Teils wurden zu- nächst sieben Vorträge, die ausgearbeitet und ihre Ge- sellenprüfung bestanden haben, als Jungkollegen be- grüßt und ihnen das Werk: „Rarl Legien“ (Gedent- buch des hervorragenden Kämpfers) überreicht. Kollege Herber richtete dabei einen Appell an die gesamte Jugend, jederzeit dem Verbands treu zu bleiben und rührige Gewerkschafter zu werden. Die Jugend hat die Aufgabe, jederzeit in die Breche zu springen, wenn Kämpfer insolge vorgerückten Alters aus der Kampf front ausscheiden müssen.

Im Anschluß hieran erfolgte die Ehrung der Jubi- lare. Es sind dies die Kollegen Ade, Demmert, Gold- bahn, Hager, Honikel, Kettler, Kling, Siegl, Stapfer und Weber sowie die Kolleginnen Diehl, Rang, Buch- scheider, Rahner, Seifahrt und Wagner. Kollege Weinländer konnte feststellen, daß nunmehr die Zahl unserer Jubilare auf 59 Kollegen und Kolleginnen

gestiegen ist. Ein Lichtblick in außer- gewöhnlich schwerer Zeit ist die Tatsache, daß wir heute 16 Kollegen und Kol- leginnen begrüßen können, die dem Ver- bande seit 25 Jahren die Treue gehalten haben. Bei deren Eintritt gab es noch weit schwerere Hindernisse zu überwin- den, als es heute der Fall ist. Die Ge- werkschaften von damals mußten ihre Daseinsberechtigung erst unter Kämpfen zur Geltung bringen. Trotzdem früher unser Einfluß auf die Lohn- und Ar- beitsbedingungen minimal war, haben unsere Jubilare allen Hemmungen zum Trotz dem Verband die Treue gehalten und alle Kämpfe wacker mit durchgefochten. In Freud und Leid, in Sturm und Not haben diese wackeren Kämpfer und Kämpferinnen das Banner des Verbands hochgehalten. Dafür ist ihnen herz- lichster Dank und Anerkennung zu zollen. Redner wandte sich sodann an die Ju- gendkollegen und -kolleginnen mit der Aufforderung, sich unsere Jubilare als leuchtendes Beispiel dienen zu lassen. Redner brachte ein Hoch auf den Ver- band und die Jubilare aus. Hierauf über- mittelte Kollege Weinländer die Glück- wünsche des Verbands- und Gauvor- standes und der Ortsverwaltung und überreichte den Jubilaren die Ehren- urkunde. Auch die Zahlstelle beachtete die Jubilare mit einem geeigneten Geschenk zu ihrem Ehrentage, das vom Kollegen Keller mit einer zu Herzen gehenden An- sprache überreicht wurde. Im Auftrage der Jubilare dankte Kollege Demmert für die ihnen gutteil gewordenen Ehrung. Zum Schluß kam dann die Gemütlichkeit zur Geltung. Bei guter Musik blieben die Versammelten bis gegen Mitternacht in fröhlicher Eintracht beisammen, so daß diese Veranstaltung sehr zur Pflege der Kollegialität beigetragen hat und gute Früchte zeitigen wird.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Eine Rüge wegen unkollegialen Verhaltens erhielten die Mitglieder Kurt Hans, Buchnummer 320 137, Willy Kräher, Buchnummer 419 219, und Emil Schumann, Buchnummer 8183, sämtlich in Leipzig.

Abrechnungen

vom dritten Quartal 1931 gingen weiter bis zum 16. November bei der Verbandskasse ein: Böslin 75,— Mk., = Bunde i. B. —, —, —, Osabrück 50,— Mk. = Gau Rheinland-Westfalen 260,85 Mk. Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen aus den Zahlstellen Stolp, = Ludenwalde, Osterwied a. Harz, = Göttingen, = Hamau, = Harburg, = Ruhla, = Großenhain, Zittau, Zwidau, = Kirch- heim-Teck, Troffingen.

Adressenänderungen.

B = Bevollmächtigter, K = Kassierer.
Brandis. B: Walter Reher, Damastkestr. 8.
K: O. Weber, Leipziger Str. 20.
Reichenbach i. B.: B: Max Walter. Zuschriften an:
K: Johannes Dettel, Zwidauer Str. 174.
Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

Der Mut zur Wahrheit.
Internationale Ursachen der Arbeitslosigkeit.
Internationales: Gesetzliche Urlaubsregelung in Frank- reich. — Amerika und Belgien fordern die 5-Tage- Woche. — Die deutsche Jugendbewegung ist für Belgien vorbildlich.
Vor dem Arbeitsgericht. Die Ründigungsfrist im Kartonnagerarif.
Berichte: Frankfurt a. M. — Offenbach. — Göttingen. — Hannover. — Krefeld. — Jahr i. B. — Nürnberg- Fürth.
So ist deine Abstimmung richtig!
Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Doffent- liche Rügen — Abrechnungen. — Adressen- änderungen.